

# THEOLOGISCHE REVUE

119. Jahrgang

– Juni 2023 –

---

**Demokratie – Gerechtigkeit – Partizipation**, hg. v. Martin DABROWSKI / Marc RADTKE / Patricia EHERT. – Paderborn: Schoeningh (Brill) 2021. (VIII) 198 S. (Sozialethik konkret), kt. € 69,00 ISBN: 978-3-506-76039-5

Spätestens seit der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise sind die klassischen sozialetischen Topoi Gerechtigkeit, Gleichheit, Gemeinwohl, Teilhabe und Solidarität auf die politische Agenda zurückgekehrt. Die aktuellen Anlässe bilden eine Art Realitäts-Check für die bereits seit geraumer Zeit diskutierte grundlegende Frage nach der Zukunft der Demokratie. Diese bildet auch den Gravitationspunkt für den vorliegenden Aufsatzbd., der die Beiträge einer Tagung in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster in 2020 versammelt. Die vier Themenschwerpunkte Demokratie, Medien, Ökonomie und Bildung werden jeweils mit einem Haupttext und zwei kommentierenden Beiträgen vorgestellt und diskutiert.

Die Politologen *Johannes Keil* und *Klaus Schubert* eröffnen den Bd. mit einem problemorientierten Überblick über Herausforderungen der Demokratie aus deutscher Sicht. Sieben Zukunftsaufgaben werden hervorgehoben: (1.) der ökonomisch bedingte Verlust der publizistischen Vielfalt (8); (2.) die Regulierung der Sozialen Medien „zur Gewährung eines transparenten und damit fairen politischen Wettbewerbs“ (10); (3.) effektive Durchsetzung des Rechts in den Kommunikationsmedien (11); (4.) die Ermöglichung und Sicherstellung einer argumentativen politischen Diskussionskultur (11); (5.) die sinkende Wahlbeteiligung (12); (6.) die „soziale Schieflage zwischen Wähler\*innen und Nichtwähler\*innen“ (13) und (7.) die Schwäche der Volksparteien (14). Als gemeinsamen Nenner identifizieren die Vf.:in eine gesellschaftliche Entwicklung der „Polarisierung“ und „Dialogunwilligkeit“ (22), die einerseits Entscheidungs-, Aushandlungs- und Kompromissbildungsprozesse konfliktreicher mache und andererseits die Entscheidungsmacht von „aktive[n] Minderheiten“ (23) fördere.

In den Thesen klingt bereits die Frage an, die *Ana Honnacker* und *Jochen Roose* in ihren Ko-Beiträgen aufgreifen: Gefährden die Tendenzen der Diversifizierung, Pluralisierung, abnehmenden Parteien- und Institutionenbindung die Demokratie oder liegt darin – umgekehrt – ihre Zukunft? Die Philosophin und der Soziologe verweisen auf die (basis)demokratischen Potentiale hinter diesen strukturellen Veränderungen politischer Kommunikation und Beteiligung. Während Honnacker auf den „Prozessnutzen“ der Demokratie „im Vollzug“ (41) setzt, empfiehlt Roose den politischen Parteien, die eigene Programmatik stärker an der Öffentlichkeit zu orientieren.

Im zweiten medientheoretischen Teil diskutieren *Cindy-Ricarda Roberts* und *Alexander Filipović* eine politiktheoretische Grundlegung von Medienwandel und Digitalisierung. Die Aufgabenstellung präsentiert sich auf theoretischer Ebene bereits als Teil des Problems. Wie die Philosophin und der Sozialethiker an den politischen Philosophien von John Rawls (60–65) und Jürgen

Habermas (65–71) zeigen, setzen (westliche) politische Theorien Vernunft- resp. Rationalitätskonzepte voraus, die durch die Sozialen Medien unterlaufen, ignoriert oder explizit bestritten werden. Das am normativen Universalitätsideal orientierte Verständnis gelingender politischer Kommunikation kollidiert nicht nur mit der Partikularität medialer Wirklichkeit(en), sondern verbaut sich auch einen theoretisch konstruktiven Blick auf deren (mögliche) Potentiale. Einen alternativen Zugang entdecken Roberts und Filipović bei Onora O’Neill, die die Prozeduralität der Vernunft in der Kommunikation von Gründen betone, die ihre Plausibilität, Valenz und Autorität ausschliesslich der Kommunikation selbst verdanken. O’Neill fordere eine Toleranz, die weniger an die Redenden und Schreibenden, als an die Hörenden und Lesenden gerichtet sei, die eine Situation schaffe, „in der eine Pluralität von Vernunftakteuren [„nicht auf ihre Sprachrechte pochende Meinungsakteure,] kommunikativ in der Lage ist, die Autorität der Vernunft zu etablieren, um gerechte Verhältnisse herzustellen“ (79).

In den Kurzbeiträgen stellt *Markus Gloe* den deliberativen Demokratietheorien radikale Demokratiekonzepte gegenüber, die Medien eine konstitutive Funktion für die Entstehung politischer Subjekte und für die Möglichkeit von Politik schlechthin zuschreiben. Digitale Medien seien zentralistisch durch die Macht der Algorithmen und pluralistisch als Plattformen des Konflikts. Folgerichtig fordert *Marlis Prinzing* eine „systematische Medienkompetenzschulung“ und „Medienpolitik als eine ordnende Kraft in einer digitalen Gesellschaft mit einer erneuerten Kommunikationsordnung und Verantwortungskultur“, die über eine Kopplung von „Medien-“ und „Politikvertrauen“ hergestellt werden müsse (94).

Im dritten Schwerpunktthema Demokratie und Wirtschaftsordnung entfaltet *Thomas Apolte* das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft aus normativer, empirischer und analytischer Perspektive. Die individuelle Freiheit bilde zwar gemeinsamen Nenner von Liberalismus, Marktwirtschaft und Demokratie (106). Die empirischen Befunde belegen eine eindeutige Korrelation – nicht Kausalität – von Marktwirtschaft und Demokratie. „Damit eine Demokratie stabil und selbsterzwingend sein kann, muss ihre Verfassung den Umfang und die Komplexität ihrer Kollektiventscheidungen beschränken.“ (124) Diese Bedingung werde mit dem Modell der Marktwirtschaft optimal erfüllt. „Marktwirtschaft ist eine notwendige Bedingung für Demokratie“ (127), aber eine Marktwirtschaft ist nicht notwendig auf demokratische Verhältnisse angewiesen.

Die Ko-Beiträge von *Hermann-Josef Grosse Kracht* und *Thomas Köster* betonen die Bedeutung der Wohlfahrtsstaatlichkeit für die gelingende Beziehung zwischen Demokratie und Marktwirtschaft. Aus sozialetischer Sicht müsse die These, dass die Demokratie ohne Marktwirtschaft nicht lebensfähig sei, durch die These ergänzt werden, dass beide ohne einen funktionierenden Sozialstaat nicht überleben können (137f). Ergänzend plädiert der Ökonom für die Rehabilitierung einer Eigentumskultur, die Besitz nicht als exklusives Privileg, sondern als Gemeinwohlverpflichtung wahrnimmt.

Der letzte Schwerpunkt rückt das Thema Bildung und gesellschaftliche Partizipation in den Kontext der Corona-Pandemie. Die syndemischen Effekte der Pandemie werden durch die Folgen der Pandemiemassnahmen – Abwesenheit im physischen Raum, Dominanz digitaler Infrastrukturen, Verbot der analogen Begegnung, Irritation der politisch-ethischen Urteilsfähigkeit – bestätigt. *Marianne Heimbach-Steins* skizziert ein Bildungskonzept einerseits aus menschenrechtlicher Perspektive als Anrecht der Person, aus der staatliche Pflichten folgen, und andererseits aus politisch-ethischer Perspektive als Ressource gesellschaftlicher Teilhabe. Der menschenrechtliche Charakter von Bildung hat drei Dimensionen: (1.) die Befähigung und Persönlichkeitsentfaltung als Bedingung

sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Partizipation; (2.) das Bewusstsein des eigenen und anderen menschenrechtlichen Status und (3.) die Einübung adäquater Handlungsmuster und ihrer Erprobung in der Praxis (156).

In den Ko-Beiträgen verweist *Jonathan Czollek* darauf, dass auch partizipatorische Bildungskonzepte die determinierende und exkludierende Funktion realer sozioökonomischer Verhältnisse nicht *per se* aufheben. *Demokrat Ramadami* macht diese Ungleichheiten an den Demokratieregimes selbst fest und votiert deshalb für eine Praxis der Politisierung in radikaldemokratischer Perspektive.

Der Bd. dokumentiert ein differenziertes deutsches Gespräch über ein aktuelles Thema. Interessant wäre es gewesen, die unterschiedlichen Perspektiven in einem Synthesekap. aufeinander zu beziehen.

Über den Autor:

*Frank Mathwig*, Dr., Professor und Beauftragter für Theologie und Ethik der Evangelisch-Reformierten Kirche in der Schweiz (frank.mathwig@evref.ch)